

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 81 37
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	12.09.07

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (SI/5508/07) am 21.08.2007

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Andreas Mucke (stellvertretender Vorsitzender)

von der CDU-Fraktion

Herr Ralf Geisendörfer, Frau Claudia Hardt, Frau Jessika Naumann, Herr Arnold Norkowsky

von der SPD-Fraktion

Frau Helga Güster, Frau Christa Stuhlreiter

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette, ab 16.11 Uhr,

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Hansjörg Finkentey (FDP-Fraktion), Herr Dr. Dirk Krüger (Frakt. DIE LINKE)

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Dietrich Böttcher (Arbeiterwohlfahrt), Herr Dr. Martin Hamburger (Diakonie Wuppertal), Herr Thomas Römer (Caritas in Wuppertal), Frau Anneliese Füssel, Herr Joachim Marasus, Herr Günter Schmalenbeck (alle Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Frau Dr. Britta Lenders (DPWV), Herr Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz), Herr Hartmut Kumpf (Evang. Kirche), Frau Felizitas Marx (Kath. Kirche), Frau Regina Scheuvs (Schulen), Frau Andrea Sauter-Glücklich (Jugendgericht), Herr KHK Michael Dreiseitel (Polizei), Frau Helena Wendt (Gesamtelternrat der Kindergärten & Tagesstätten), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Herr Dr. Stefan Kühn (Geschäftsbereich Soziales, Jugend und Integration), Herr Dieter Verst (Ressort Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt)

als Vertreter der Bezirksjugendräte

Herr Jens Quast

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 - Tageseinrichtungen für Kinder), Frau Friederike Krentz (Res. 208.0 - Fachbereich Kinder- u. Jugendhilfe), Frau Christine Schmidt (Res. 208.JHP - Jugendhilfeplanung), Frau Britta Jobst (Res. 208.2 - Fachbereich Jugend & Freizeit), Frau Barbara

Reinke (Res. 208.00 - Fachreferat Hilfe zur Erziehung), Frau Monika Julius-Linke (Res. 208.212 - Bezirksjugendräte)

von der Presse

Frau Dünow (WZ)

Schriftführer: Herr Norbert Korte

Beginn: 16:05 Uhr Ende: 16:56 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird **Frau Scheuven** als neues beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses vom **Vorsitzenden** formgemäß verpflichtet.

Es besteht Einvernehmen, die Tagesordnung um die neuen Tagesordnungspunkte

2 Anliegen der Bezirksjugendräte

5.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Kindeswohlgefährdung
Drs.-Nr. VO/0694/07

zu ergänzen.

I. Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.06.07

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.06.07 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

2 Anliegen der Bezirksjugendräte

Bezirksjugendrat Jens Quast berichtet über die Aktivitäten der Bezirksjugendräte in den vergangenen Wochen und kündigt für die kommende Sitzung des Jugendhilfeausschusses zwei Anträge zur Drogenpolitik an, die auf der Sitzung des Jugendparlaments am 14.06.07 beschlossen worden sind.

Bereits vor der Sitzung wurde eine Einladung zum Street-Soccer-Turnier um den Barmer Summer-Cup am 26.08.07 und eine Werbekarte für die Mitarbeit in den Bezirksjugendräten ausgelegt.

3 Kennzahlen der Jugendhilfe 2006 - Hilfen zur Erziehung Vorlage: VO/0653/07

Herr Dr. Kühn beantwortet Fragen von **Herrn Finkentey** und **Herrn Ramette**. Der Bericht gebe noch nicht die aktuelle Entwicklung wieder. Die Zahl der stationären und ambulanten Hilfsmaßnahmen würden in diesem Jahr auf einem deutlich höheren Niveau liegen.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Krüger** erklärt **Herr Verst**, dass ihm aus zwei Bezirkssozialdiensten Überlastungsanzeigen vorliegen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.08.2007:

Entgegennahme ohne Beschluss

4 Starthilfe für Eltern und Kinder - mündlicher Bericht -

Frau Reinke berichtet über die Bemühungen der Verwaltung, dass vom Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 30.01.07 (Drs.-Nr. VO/0001/07) verabschiedete Rahmenkonzept durch einzelne konkrete Schritte umzusetzen. Für alle mit den Problemen junger Eltern befassten Fachkräfte findet am 24.10.07 in Wuppertal eine Fachkongress statt. Das Programm des Fachkongresses wurde vor der Sitzung zur Information der Ausschussmitglieder ausgelegt. Die Mitglieder des Ausschusses sind herzlich eingeladen.

Der **Vorsitzende** bittet die Verwaltung, den Ausschuss über die Umsetzung des Rahmenkonzeptes in regelmäßigen Abständen zu unterrichten.

5 Sicherung des Kindeswohls

**5.1 Rufbereitschaft des Jugendamtes
- 1. Erfahrungsbericht -**

Vorlage: VO/0649/07

**5.2 Aktueller Bericht über die im Jugendamt
eingegangenen Meldungen Dritter**

Vorlage: VO/0659/07

**5.3 Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung
hier: Ständig erreichbare und öffentlich
bekannte Rufnummer des Jugendamtes**

Vorlage: VO/0658/07

**5.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
zur Kindeswohlgefährdung**

Vorlage: VO/0694/07

An der Diskussion beteiligen sich Frau Güster, Herr Ramette, Herr Mucke, Herr Dr. Krüger und Herr Dr. Hamburger. Herr Dr. Kühn und Herr Verst beantworten außerdem Fragen.

Herr Ramette stellt fest, dass damit die in der Sitzung am 30.01.07 geführte Diskussion über eine öffentlich bekannte Rufnummer des Jugendamtes erledigt ist.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass mit den Vorlagen der Verwaltung die Frage 2 der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch nicht beantwortet ist. Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen, die Antwort der Niederschrift als Anlage beizufügen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.08.2007 zu den TOP 5.1 – 5.3:

Entgegennahme ohne Beschluss

6 Erfahrungsbericht Kindertagespflege

Vorlage: VO/0588/07

Herr Dr. Kühn und **Frau Weidenbruch** beantworten eine Frage von **Herrn Dr. Krüger** zur Steuerpflicht und zu den Verdienstmöglichkeiten der Pflegemütter.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.08.2007:

Entgegennahme ohne Beschluss

-
- 7** **Engere Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe
Präventionsprojekt Schulverweigerung Wuppertal
Abschlussbericht 2006/2007** **Vorlage: VO/0556/07**

Herr Verst erläutert den Bericht und beantwortet Fragen von **Herrn Dr. Krüger**.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21.08.2007:

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegengenommen.

-
- 8** **Kinderbildungsgesetz
Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE. vom 6. August 2007
Vorlage: VO/0665/07**

Herr Dr. Kühn geht davon aus, in der kommenden Sitzung eine erste Einschätzung über die voraussichtlichen Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes abgeben zu können.

-
- 9** **Wünsche und Anregungen**

Herr Vitenius, Vorsteher der Bezirksvertretung Elberfeld, berichtet, das der verschmutzte Teppichboden des Sitzungssaales demnächst durch einen Parkettboden ersetzt wird.

Herr Verst weist auf die ausliegende Einladung zur Übergabe des Kinderstadtplans für Wichlinghausen am 25. Aug. im Rahmen des Schulfestes der Hauptschule Matthäusstraße hin.

Mucke
Vorsitzender

Korte
Schriftführer

Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.08.07:

Frage 2 der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Drs.-Nr. VO/0694/07:

Wir bitten um Erläuterung, welche Tatbestände im Rahmen der Kindeswohlgefährdung konkret vorliegen (handelt es sich z.B. um Fälle der körperlichen, seelischen oder sexuellen Gewalt, im öffentlichen oder privaten Bereich etc.) und um statistischen Beleg.

Antwort

Die Frage ist differenziert nur mit einem hohen Verwaltungsaufwand zu beantworten. Außerdem lässt sich zu Beginn eines Fallverlaufs oft noch nicht der ursächliche Tatbestand eindeutig feststellen. Es kann deshalb nur aus dem Bericht *Hilfe zur Erziehung 2006* zu den Neuentscheidungen im vergangenen Jahr zitiert werden.

Die Prozentzahlen in den Tatbeständen Kindesmisshandlung/Gewalterfahrung, Vernachlässigung/ Ablehnung und (Verdacht) sexueller Missbrauch belegen ein hohes Maß von schwerwiegender Kindeswohlgefährdung.

208.001 – Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe
Herr Lütkenhaus

Problem- und Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen

Im Jahre 2006 führten 700 Fachgespräche zu Neuentscheidungen in Bezug auf Leistungen von Hilfen zur Erziehung. Im Rahmen dieser Fachgespräche wurden die Problem- und Lebenslagen der betroffenen Kinder und Jugendlichen hinterfragt und statistisch festgehalten. Auswertungsergebnisse werden in den nachfolgenden Tabellen dargestellt.

Die anschließende Übersicht stellt die Situation aller Kinder und Jugendlicher dar, für die erstmalig eine Hilfe entschieden wurde. Die Tabelle differenziert darüber hinaus zwischen den Bezirkssozialdiensten I bis IV (*Wuppertal-West*) und den Bezirkssozialdiensten V bis VII (*Wuppertal-Ost*).

Problem- und Lebenslagen	BSD I - VII	BSD I - IV	BSD V - VII
Familienkonflikte	82,0%	79,2%	84,5 %
Verhaltensauffälligkeiten und Folgeprobleme	73,3%	76,4%	70,7%
Entwicklungsverzögerungen	49,9%	46,9%	52,4%
Kindesmisshandlung/Gewalterfahrung	27,7%	23,0%	31,8%
Vernachlässigung/Ablehnung	40,0%	37,6%	42,1%
(Verdacht) sex. Missbrauch	13,3%	13,7%	13,0%
Delinquenz Kind/Jugendlicher	18,8%	16,8%	20,7%
Straffälligkeit der/des Eltern/-teils	12,0%	7,8%	15,8%
Erziehungsschwäche Eltern/-teils	95,9%	95,7%	96,2%
Arbeitslosigkeit der/des Eltern/-teils	37,2%	37,0%	37,5%
Sucht Eltern/-teil	22,6%	18,3%	26,4%
Psychiatrisch relevant Eltern/-teil	21,4%	21,4%	21,5%
Krankheit/Tod/Ausfall Eltern/-teil	25,5%	24,2%	26,6%
Finanzielle Probleme in der Familie	36,7%	31,1%	41,6%
Kein geeigneter Wohnraum	13,2%	11,5%	14,7%
Probleme im Bereich Arbeit u. soziale Umwelt	30,0%	21,7%	37,2%

Mehrfachnennungen waren grundsätzlich zulässig.

Die Situation der Kinder und Jugendlichen in den östlichen Stadtteilen erscheint in vielen Lebensbereichen belasteter. Insbesondere individuelle Problemlagen wie *Familienkonflikte*, *Kindesmisshandlung / Gewalterfahrung*, *Suchterkrankung der Eltern*, *finanzielle Probleme in der Familie* fallen erheblich ins Gewicht. Die Zahlen erklären zudem, warum in Wuppertal Barmen häufiger familienersetzende Maßnahmen entschieden werden, obwohl in den westlichen Stadtteilen von Wuppertal genauso viel Kinder und Jugendliche leben, wie im Osten der Stadt.

Unterschiedliche Problem- und Lebenslagen bei Hilfebeginn und Hilfeart

Problem- und Lebenslagen	Stationäre Hilfe	Teilstationäre Hilfe	Ambulante Hilfe
Familienkonflikte	86,7%	68,9%	80,8%
Verhaltensauffälligkeiten und Folgeprobleme	76,5%	86,9%	68,8%
Entwicklungsverzögerungen	50,4%	83,6%	43,8%
Kindesmisshandlung/Gewalterfahrung	31,1%	23,0%	26,0%
Vernachlässigung/Ablehnung	51,9%	32,8%	32,6%
(Verdacht) sex. Missbrauch	17,4%	16,4%	9,9%
Delinquenz Kind/Jugendlicher	20,1%	8,2%	19,7%
Straffälligkeit der/des Eltern/-teils	15,2%	31,1%	9,6%
Erziehungsschwäche Eltern/-teil	97,3%	96,7%	94,8%
Arbeitslosigkeit der/des Eltern/-teils	37,9%	39,3%	36,4%
Sucht Eltern/-teil	26,5%	11,5%	21,6%
Psychiatrisch relevant Eltern/-teil	25,4%	19,7%	18,9%
Krankheit/Tod/Ausfall Eltern/-teil	31,4%	18,0%	22,5%
Finanzielle Probleme in der Familie	34,5%	37,7%	38,1%
Kein geeigneter Wohnraum	14,4%	8,2%	13,2%
Probleme im Bereich Arbeit u. soziale Umwelt	32,6%	26,2%	28,8%

Insbesondere die Problemlagen *Familienkonflikte, Kindesmisshandlung und Gewalterfahrung, Vernachlässigung und Ablehnung, Suchterkrankung Eltern, Psychiatrische Erkrankung Eltern, Krankheit/Tod/Ausfall Eltern* sind Gründe für stationäre Hilfen (Fremdunterbringung) und heben sich deutlich von den Problemlagen für teilstationären und ambulanten Hilfenformen ab.

Problem- und Lebenslagen	§ 30 FLEX	§ 30 EBEI
Familienkonflikte	85,1%	75,0%
Verhaltensauffälligkeiten und Folgeprobleme	75,3 %	70,0%
Entwicklungsverzögerungen	43,5%	35,0%
Kindesmisshandlung/Gewalterfahrung	35,7%	15,0%
Vernachlässigung/Ablehnung	38,3%	23,8%
(Verdacht) sex. Missbrauch	15,6%	5,0%
Delinquenz Kind/Jugendlicher	22,7%	17,5%
Straffälligkeit der/des Eltern/-teils	11,7%	7,5%
Erziehungsschwäche Eltern/-teils	96,8%	100,0%
Arbeitslosigkeit der/des Eltern/-teils	40,9%	32,5%
Sucht Eltern/-teil	20,1%	22,5%
Psychiatrisch relevant Eltern/-teil	18,8%	18,8%
Krankheit/Tod/Ausfall Eltern/-teil	24,7%	22,5%
Finanzielle Probleme in der Familie	37,7%	35,0%
Kein geeigneter Wohnraum	13,0%	7,5%
Probleme im Bereich Arbeit u. soziale Umwelt	30,5%	18,8%

In 2006 wurden im Rahmen von Fachgesprächen 154 neue Flexible Erziehungs-hilfen und 80 Erziehungsbeistandschaften (NOSD II) entschieden. Die vorliegenden Zahlen verdeutlichen, dass die Flexible Erziehungshilfe insbesondere bei komplexeren Problemsituationen (Lebenslagen mit hohem sozialen Risiko Kinder) bevorzugt angefragt wird.